

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 14. Dezember 2015, 17.30 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 49 und 50 vom 3. und 10. Dezember 2015 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Stadtratspräsident	Herr Rosser Bruno
Stimmzähler	Damen de Quervain Anna und Fankhauser Larissa
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschbacher Yves, Althaus Annemarie, Beck Daniel, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bossard-Jenni Tabea, Bucher Theophil, Burkhard Georg, Burri Maja, Dür Hermann (ab Traktandum 3), Fankhauser Karin, Geiser Urs, Gerber Thomas, Gnehm Urs, Greisler Yves, Grimm Thomas, Kälin Tobias, Käsermann Fabian, Kuster Müller Beatrice, Lüthi-Kohler Barbara, Manz Pierre, Meier Christine, Meier Marcel, Niederhauser David, Penner Nadaw, Pfister Urs, Rappa Francesco, Ritter Michael, Rössler Andreas, Toure Moussa, von Arb Peter, Weber Werner und Wyss Christoph
Entschuldigt	Herren Aebi Roger, Merz Adrian und Stettler Andreas Frau Pieren Nadja
Stadtpräsidentin	Frau Zäch Elisabeth
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Gübeli Charlotte, Kummer Hugo, Probst Andrea, Wisler Albrecht Annette und Urech Peter
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1.	Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 2. November 2015	3
2.	Informationen des Stadtratspräsidenten	3
3.	Informationen aus dem Gemeinderat	3
4.	Aufhebung Reglement über die Spezialfinanzierung PG 24 Verkehrsinfrastruktur per 31. Dezember 2015	5
5.	Investitionskredit Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug TLF Feuerwehr Burgdorf	5
6.	Konzept zur frühen Förderung in der Stadt Burgdorf	6
7.	Orientierungen GPK	
	a) Verwaltungskontrolle	10
	b) Datenschutz	10
8.	Interpellation EVP Burgdorf, Beatrice Kuster Müller, betreffend den Konkurs und ausstehende Lohnzahlungen einer Firma bei den Sanierungsarbeiten der Markthalle	11
9.	Interpellation Thomas Grimm, FDP, betreffend "175 Wochen à 42 Stunden" Mehrzeit in der Stadtverwaltung Burgdorf im Jahr 2014. Kann das sein?	11
10.	Dringliche Interpellation Tabea Bossard-Jenni und Beatrice Kuster Müller (EVP) betreffend finanzielle Mittel der Stadt Burgdorf für die Kampagne der Umfahrung Burgdorf-Oberburg-Hasle	11
11.	Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2016 der Präsidentin / des Präsidenten der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten von 2 Stimmentzähler	11
12.	Verschiedenes und Unvorhergesehenes	12

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmzählerin Fankhauser Larissa durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 35 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Dür Hermann trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 2. November 2015

Stadträtin Meier Christine hat eine Korrektur zu ihrem Votum auf der Seite 19 im ersten Satz: "... das Thema Gleichstellung im Moment nicht **sehr mehr** aktuell ist."

Das Originalprotokoll wird entsprechend korrigiert.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 2. November 2015.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Rosser Bruno begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass nach der Sitzung Fahrgemeinschaften gebildet werden sollen um in den Landgasthof Sommerhaus zu gelangen. Die Gemeindewahlen finden am 27. November 2016 statt. Die Terminplanung 2016 des SR wurde verteilt. An der heutigen Sitzung und dem anschliessenden Jahresschlussessen wird Rothenbühler David, Lernender der Präsidialdirektion, teilnehmen. Der Vorsitzende dankt Henzi Brigitte für die Naschereien auf den Tischen. Der Vorsitzende informiert, dass er am 6. November 2015 an der Vorpremiere der Markthalle, am 30. November 2015 an der Nationalratspräsidentenwahl im Bundeshaus, am 2. Dezember 2015 bei der Feier von Markwalder Christa und am 9. Dezember 2015 in der Jury der Sportlerehrung teilgenommen hat. Der Vorsitzende dankt allen Beteiligten, vor allem der Stadtverwaltung, die sich für die Feier von Markwalder Christa eingesetzt haben. Die Stadt Burgdorf hat sich gut präsentiert und hat ganz klar einen positiven Eindruck hinterlassen.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth orientiert über das juristische Gutachten zum Stadtratsbeschluss vom 2. November 2015 betreffend dem Budget 2016. Der Gemeinderat (GR) hat, wie vom SR gefordert, ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Eine Mehrheit im SR war aber der Meinung, dass dies noch nicht genug ist und zusätzlich noch Fr. 200'000.-- eingespart werden soll. Die Lohnmassnahmen sollen von 1.5% auf 0.5% gekürzt werden. Die Sparmassnahme wurde konkret an die Lohnmassnahmen gebunden. Die eingesparten 1% entsprechen ungefähr den geforderten Fr. 200'000.--. Der SR war der Meinung, dass das Personal seinen Teil zur Schuldentilgung leisten muss. Der GR hat sich gegen diese Kürzung gewehrt, weil es weitreichende Folgen hat, die so nicht funktionieren. Die 0.5% können nicht als Lohnmassnahmen eingesetzt werden, weil es gebundene Kosten sind und zwar der garantierte Erfahrungsanteil für die Mitarbeitenden. Die restlichen 1% sind vorgesehen für den Leistungsanteil. Die Stadt Burgdorf hat ein Leistungslohnsystem. Wenn man den Leistungslohn streichen würde, ist dies nicht nur unfair, sondern auch ungerecht, weil es das Lohnsystem durcheinanderbringen würde. Was wären die Auswirkungen? Ein Mitarbeitender betreut während einer längeren Zeit ein komplexes Projekt und bringt dieses im Jahr 2015 zu einem glücklichen Abschluss. Für seine Leistung ist deshalb eine Sonderanerkennung fällig und er erhält im Mitarbeitergespräch ein übertroffen. Dieser

Mitarbeitende hätte nun einfach das Pech, dass er im Jahr 2015 ein übertraffen erhalten hat. Es wäre dann eine nette Geste und Wertschätzung, aber es ist nichts mehr als ein Merci, denn für das Lohnkonto gibt es keinen Rappen mehr. Hätte er das übertraffen im Jahr 2014 oder eventuell im 2016 erhalten, hätte es seinen Lohn erhöht, wie es unser Leistungslohnsystem vorsieht. Der Umgang mit dem Lohnsystem, das abgesichert und entsprechend ausgehandelt ist, und der Umgang mit den Mitarbeitenden ist ungerecht und notabene auch nicht rechtens. Nach dem Stadtratsentscheid haben die Vertreter des Personalverbandes eine entsprechende juristische Studie in Auftrag gegeben. Die Studie kommt eindeutig zum Schluss, dass die willkürlich umgekrempelte Lohnsystemänderung widerrechtlich ist. Der GR hat ebenfalls ein Gutachten erstellen lassen. Dem SR wurde dieses Gutachten verteilt. Das Gutachten ist von einer unabhängigen Instanz erstellt worden. Auch aus diesem Gutachten geht eindeutig hervor, dass die Kürzung der Leistungsmassnahmen nicht rechtens ist und bei einer Lohnklage nicht standhalten würde. Die Begründung ist im Gutachten ersichtlich. Aus diesen Gründen setzt der GR die Kürzung nicht um. Der GR hat dies einstimmig beschlossen. Der GR kann gar nicht anders handeln und zudem widerspricht es dem moralischen Gerechtigkeitsgefühl. Es wird auf jeden Fall versucht, die Fr. 200'000.-- anderweitig einzusparen. Der GR versucht immer, ein positives Ergebnis zu erreichen. Die Stadt Burgdorf schliesst normalerweise besser ab als budgetiert wurde. Falls es nicht gelingen wird, müsste ein Nachkredit beantragt werden. Das vom SR verlangte ausgeglichene Budget wurde erreicht. Wie geht es nun weiter? Der GR ist der Meinung, dass es so nicht weitergehen kann, jedes Jahr erfolgt die Lohndebatte im SR. Diese Lohndebatte gehört in dieser Art nicht in den SR. Es braucht ein zuverlässiges Lohnsystem, das nicht politisch anfällig ist. Aus diesem Grund ist der GR an die GPK gelangt. Die GPK kennt die Arbeiten der Verwaltung. Der GR wird der GPK eine Auslegeordnung zum Lohnsystem darlegen. Gemeinsam wird geschaut, wo es Erklärungsbedarf benötigt oder wo Handlungsbedarf besteht. Je nach Diskussion ergibt sich eine grundsätzliche Debatte zum städtischen Leistungslohnsystem. Eventuell wird eine Kommission eingesetzt oder aber man findet eine würdevolle Lösung. Der GR ist sehr froh, dass die GPK das Anliegen annimmt und bereit ist, mit dem GR mitzuarbeiten. Der SR wird über das weitere Vorgehen auf dem Laufenden gehalten. Die Mitarbeitenden sind das grösste Kapital einer Unternehmung. Deshalb sollen wir auch so handeln und die Lohnfrage in einer verantwortungsvollen und verlässlichen Art gemeinsam diskutieren.

Gemeinderat Aeschlimann Martin informiert über die Kreditabrechnung zum Erweiterungsbau Pestalozzi sowie über das Projekt Bushof und Bahnhofplatz. Die Kreditabrechnung zum Erweiterungsbau Pestalozzi wäre eigentlich für die heutige Sitzung vorgesehen gewesen. Es ist kein einfaches Dossier. Die Abrechnung seitens der Planer ist nicht fristgerecht eingetroffen. Der Architekt hat die Bauführung an einen Subunternehmer ausgelagert, da er ein Ein-Mann-Betrieb ist. Aus Krankheitsgründen war er lange nicht mehr erreichbar. Nach mehrmaligem Mahnen ist erst Ende Oktober 2015 eine Bauabrechnung eingetroffen. Mit der Finanzverwaltung hat es noch gewisse Differenzen gegeben. Der GR hat deshalb entschieden, die Kreditabrechnung deshalb noch nicht vorzulegen. Zudem gibt es bei dieser Kreditabrechnung noch einen offenen Garantiefall. Der SR wurde bereits darüber informiert. In Zukunft muss bei solchen Projekten immer darauf geachtet werden, dass einerseits bei den beauftragten Planerfirmen kein Ein-Mann-Betrieb beauftragt wird und man andererseits mit einem Honorarrückbehalt einen gewissen Einfluss nehmen kann. Eine Expertise hat beim Schadenfall gezeigt, dass die bei der Submission verlangten Grenzwerte bei der Anlage nicht eingehalten werden. Der Sonnenschutz ist kaputt und funktioniert nicht. Die Expertise wurde vom Subunternehmer angefochten. Der Subunternehmer bestreitet und bezweifelt, dass der Sachverhalt stimmt wie in der Expertise aufgeführt wurde. Man hat deshalb eine zweite Expertise von einem zusätzlichen unabhängigen Experten in Auftrag gegeben. Diese Ergebnisse liegen Ende Januar vor. Die ersten Aussagen deuten aber darauf hin, dass die erste Expertise gestärkt wird. Die Terminplanung der Baudirektion sieht vor, dass man im Februar mit dem Subunternehmer in die Verhandlungen einsteigt um eine Einigung zu erzielen. Sollte dies nicht klappen, muss der GR im März entscheiden, ob der Rechtsweg eingeschlagen werden soll. Als Bauherrenvertreter muss eventuell versucht werden, auch Forderungen betreffend eingeschränkter Funktionalität der Halle geltend zu machen. Die Kreditabrechnung sollte an der Sitzung im Mai 2016 traktandiert werden können. Ein weiteres wichtiges Geschäft wird an der Sitzung in Februar traktandiert und zwar der neue Bushof und die Sanierung Bahnhofplatz. Der GR hat das Projekt ausführlich diskutiert. Es ist die Idee, dass es von der Agglomeration sowie vom Bund und Kanton mitfinanziert wird. Gemeinderat Aeschlimann Martin, Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth und Hoyer Peter, Leiter Finanzdirektion, stehen den Fraktionen für Red und Antwort zur Verfügung und stellen das Projekt ausführlich vor.

4. **Aufhebung Reglement über die Spezialfinanzierung PG 24 Verkehrsinfrastruktur per 31. Dezember 2015**

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

A b s t i m m u n g

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Aufhebung des Reglements über die Spezialfinanzierung PG 24 Verkehrsinfrastruktur per 31. Dezember 2015.

5. **Investitionskredit Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug TLF Feuerwehr Burgdorf**

Stadtrat Beck Daniel, namens der GPK, informiert, dass anlässlich der GPK-Sitzung vom 26. November 2015 der vorliegende Kreditantrag für die Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges von Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette und Lüthi Urs, Leiter Einwohner- und Sicherheitsdirektion, vorgestellt wurde. Beim zu ersetzenden Fahrzeug handelt es sich um das deutlich ältere Tanklöschfahrzeug, das mittlerweile über 22 Jahre alt ist. Wegen seines Alters kommt es immer wieder zu Funktionsstörungen. Ein verlässlicher Einsatz ist mit diesem Fahrzeug längerfristig nicht mehr zu 100% gewährleistet. Aufgrund des grossen Einsatzgebietes und der zusätzlichen Aufgaben als kantonaler Sonderstützpunkt in den Bereichen Ölwehr und Personenrettung bei Unfällen ist die Feuerwehr Burgdorf jedoch unbedingt auf zwei rund um die Uhr einsatzfähige und voll funktionstüchtige Tanklöschfahrzeuge angewiesen. Mit dem vorliegenden Kreditantrag von maximal Fr. 550'000.-- sind sämtliche Kosten berücksichtigt. Die beantragte Kredithöhe basiert auf der Kenntnis von drei ausgewerteten Richtofferten. Die Ersatzbeschaffung wird vollumfänglich über die Spezialfinanzierung Feuerwehr abgerechnet und belastet daher die Rechnung der Stadt Burgdorf nicht zusätzlich. In dieser Spezialfinanzierung sind auch genügend Mittel dafür vorhanden. Die Beschaffung ist ordnungsgemäss geplant und in der MIP 2016 und 2017 berücksichtigt. Sofern der SR dem Kreditantrag zustimmt, kann im Anschluss die entsprechende Arbeitsgruppe das ordnungsgemässe Submissionsverfahren in Angriff nehmen. Da die Vorlage formell in Ordnung ist und aufgrund ihrer Wichtigkeit und Notwendigkeit, hat die GPK einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen, das Geschäft dem SR zur Beschlussfassung zu überweisen.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette informiert, dass gutes Material für die Feuerwehr sehr wichtig ist. Es ist immer schwieriger, engagierte und zuverlässige Feuerwehrleute zu finden. Dies unter anderem wegen den hohen Anforderungen sowie vom Arbeitsumfeld her, da man nicht mehr dort arbeitet, wo man wohnt. Zudem ist die Distanz zu Burgdorf ein Kriterium, da man rechtzeitig eingesetzt werden muss. Weil es weniger Leute hat, ist es umso wichtiger, dass man zweckmässiges Material hat. Die Feuerwehr Burgdorf hat zurzeit zwei Tankschlöschfahrzeuge, davon muss eines altershalber ersetzt werden. Zuständig für diesen Kredit ist der SR. Der Investitionskredit beträgt Fr. 550'000.--. Die Finanzierung ist speziell und wurde bereits vom Sprecher der GPK erläutert. Der Kredit hat keine Auswirkungen auf die laufende Rechnung der Stadt Burgdorf. Die Abrechnung erfolgt über die Spezialfinanzierung. Die Ersatzbeschaffung wurde ordnungsgemäss und sorgfältig geplant und ist in der MIP 2016 und 2017 vorhanden. Das Vorgehen von der Beschaffung bis zur Auslieferung des Fahrzeuges dauert rund ein Jahr. Im Fonds sind genügend Reserven vorhanden. Der Stand der Spezialfinanzierung beträgt Ende 2014 2.4 Mio. Franken und wird voraussichtlich noch erhöht. Der GR bittet den SR, den Anträgen zuzustimmen und den Investitionskredit zu genehmigen.

Stadtratspräsident Rosser Bruno stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft diskutiert hat und den Anträgen einstimmig zustimmen wird. Niemand im Rat hofft, auf die Feuerwehr angewiesen zu sein. Falls es jedoch einmal dazu kommt, ist man froh, wenn die Feuerwehr mit ihrem Löschfahrzeug rechtzeitig vor Ort ist. Die SP-Fraktion dankt den Leuten der freiwilligen Feuerwehr für ihren Einsatz.

A b s t i m m u n g

1. Der Stadtrat genehmigt einen Investitionskredit von Fr. 550'000.00 für die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr Burgdorf zu Lasten Spezialfinanzierung Feuerwehr (Sachgruppen-Nr. 5061.01 Fahrzeuge, Kostenstellen-Nr. 3310.5061.01 Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug).
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

6. Konzept zur frühen Förderung in der Stadt Burgdorf

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Probst Andrea verzichtet auf die Wiedergabe des Inhaltes des vorliegenden Konzeptes. Der GR hat das vorliegende Konzept im Auftrag des SR erstellt. Es waren viele Arbeitsstunden nötig, vor allem von Niederhauser Peter und der ganzen Arbeitsgruppe. Vom Marie Meierhofer-Institut wurde das Konzept auch entsprechend positiv bewertet. Kleinkinder lernen dann, wenn sie ihre Welt aktiv entdecken, spielen, beobachten und Fragen stellen. Dazu brauchen sie ein anregendes Umfeld und aufmerksame Erwachsene, die ihre Entwicklung begleiten. Lernerfahrungen in den ersten Lebensjahren sind grundlegend für alle späteren Lernprozesse. Der GR und die Bildungsdirektion schenken der frühen Kindheit deshalb grosse Beachtung. Alle Kinder in Burgdorf sollen in den ersten Lebensjahren die Möglichkeit haben, wertvolle Lernerfahrungen zu machen und sich gut zu entwickeln. Mit der Umsetzung des vorliegenden Konzeptes zur frühen Förderung soll die Stadt Burgdorf einen Beitrag dazu leisten. Im Zentrum steht die Familie als wichtigster Ort früher Förderung. Mit Angeboten zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sollen Kleinkinder und deren Familien bei Bedarf unterstützt werden. Es geht also nicht nur um die Kinder. Auch die Eltern sollen in der Erziehung und Bildung ihrer Kinder aktiv unterstützt werden. Damit leistet die frühe Förderung auch einen wesentlichen Beitrag zur Integration fremdsprachiger und bildungsferner Familien. Die Umsetzung des Konzeptes soll sicherstellen, dass allen Vorschulkindern und ihren Familien ein gut zugängliches und ihren Bedürfnissen entsprechendes Angebot an früher Förderung offensteht. Hierzu gehören die Mütter- und Väterberatung, Erziehungsberatung und Elternbildung sowie familienergänzende Betreuungsangebote und Spielgruppen. Darüber hinaus will der GR gezielt die Startchancen von sozial benachteiligten und fremdsprachigen Kindern verbessern. Hierzu setzt sie sich verstärkt für eine frühe Sprachförderung ein. Auch sollen bildungsferne und fremdsprachige Eltern besser über die Angebote früher Förderung informiert werden. Bei der Weiterentwicklung des Frühbereichs kann die Stadt Burgdorf auf ein bewährtes Angebot aufbauen. Die bestehenden Angebote, vor allem von privaten und kantonalen Anbietern, spielen hier eine wichtige Rolle. Sie leisten bereits heute einen grossen Beitrag dazu, dass Familien mit Kleinkindern ein vielfältiges Angebot an früher Förderung zur Verfügung steht. Mit der Umsetzung des Konzeptes will man dieses gezielt punktuell stärken und ausbauen. Zudem werden die verschiedenen Aktivitäten im Vorschulbereich verstärkt koordiniert und aufeinander abgestimmt. Es geht also nicht darum, die bestehenden Angebote zu konkurrenzieren oder gar zu bevormunden. Es geht nur darum, sie zu stärken. Aufgrund der Ergebnisse der ersten Grundlagestudie zur Frühkindlichen Bildung hat die Schweizerische UNESCO-Kommission Forderungen zur Gestaltung frühkindlicher Bildung in der Schweiz erarbeitet. Die Familie muss gestärkt werden damit sie ihre Potenziale realisieren kann. Familienergänzende Betreuungsangebote müssen zu Bildungsorten werden. Forschung und Lehre zu frühkindlicher Bildung in der Schweiz sind markant auszubauen. Eine Neubeurteilung der politischen Zuständigkeiten für die frühkindliche Bildung ist notwendig, weil es um mehr geht als um reine Sozialpolitik. Es braucht mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. In der Begründung der Antragsänderung der BDP sind einige Institutionen aufgelistet, die sich tatsächlich mit der frühen Förderung befassen. Es stimmt, Kinder aus bildungsnahem Umfeld haben bereits heute Zugang zu diesen unterstützenden Angeboten. Allerdings haben oft gerade die bedürftigsten Kinder und Familien keinen Zugang zu den Angeboten, sei es aus wirtschaftlichen, kulturellen oder sprachlichen Gründen. Genau hier setzt das Burgdorfer Frühförderkonzept an. Es sollen in einem bereits guten Angebotsmix noch vorhandene Lücken geschlossen werden und es sollen gezielt die bildungsfernen Familien unterstützt werden, damit Bildung für alle und Integration erreicht sowie spätere Kosten vermieden werden können. Genau diese Kinder aus bildungsfernen Familien verursachen nämlich später im Schulalter beträchtliche Kosten durch Zusatzlektionen in der Schule, die durch die Gemeinde und den Kanton finanziert werden müssen. Und diese zusätzlichen Kosten sind nach der Schule nicht fertig. Oft schaffen dann solche Jugendliche den Schritt ins Erwerbsleben wegen man-

gelder Bildung nicht. Dadurch werden unsere Sozialwerke auf lange Dauer zusätzlich belastet. Das vorliegende ausgewogene Konzept ist eine Investition die sich auszahlt. Diverse Berechnungen verschiedenster Studien sprechen von einem finanziellen Rückfluss bis eins zu sieben. Das heisst, jeder investierte Franken fliesst mehrfach in unsere Stadtkasse zurück. Mit der Annahme der gemeinderätlichen Anträgen helfen wir mit, die Chancen für die Integration von Kindern im Vorschulalter mit Bedarf an Förderung wesentlich zu erhöhen und gleichzeitig Ressourcen einzusparen. Es kommt nicht von ungefähr, dass das Sozialamt des Kantons Bern in seiner Strategie den Fokus auf die frühe Förderung legt. Aus diesem Grunde ist der Kanton Bern auch bereit, die Gemeinden für die Einführung der frühen Förderung finanziell zu unterstützen. Der GR würde sich freuen, einen entsprechenden Antrag zur Einführung der frühen Förderung zu erarbeiten und dem SR vorzulegen.

Stadtratspräsident Rosser Bruno stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Seitens der BDP ist ein Abänderungsantrag eingereicht worden.

Stadtrat Geiser Urs, namens der SP-Fraktion, informiert, dass man die Vorlagen im Sozialen- und Bildungsbereich wunderbar ideologisieren und über mehr oder weniger Staat streiten kann. Die vorliegende Vorlage muss jedoch pragmatisch diskutiert werden. Wir diskutieren heute über kleine Menschen, die sich in keiner Art und Weise zu ihren Rechten und Bedürfnissen äussern können. Es geht um Kinder, die zwar im Paradies Schweiz leben, aber Pech haben und einen Schattenplatz erreicht haben. Das Konzept und der umfassende Bericht zeigten unter anderem auch auf, wo in Burgdorf diese Schattenseiten sind. Die SP-Fraktion ist den Autorinnen und Autoren dankbar für diesen Bericht. Es ist nicht alltäglich, dass man auf einen eingereichten Auftrag mehr erhält als verlangt wurde. Dieser Bericht zeigt klar, warum und wo man handeln soll. Der Bericht zeigt, dass nicht in jedem Haus die nötige Erziehungskompetenz vorhanden ist und zum Teil das Bewusstsein fehlt, dass Kinder von klein an viele Anregungen erhalten und bald mit ihren Kameraden die Welt entdecken sollen. Der Bericht weist zurecht darauf hin, dass unsere Volksschule sehr stark belastet ist durch Sondermassnahmen. Wir dürfen nicht nur von Prävention reden, sondern müssen diese auch praktizieren. Bei der Prävention ist es so, je früher man beginnt desto mehr holt man heraus. Das Konzept verlangt Investitionen, aber längerfristig betrachtet, ist es ein nachhaltiges Sparprogramm. Wir müssen nicht darüber streiten, ob der "Return on Investment" in zwei- oder siebenfacher Weise erfolgt. Wir können sicher sein, was man heute den benachteiligten Kinder nicht gönnt, bezahlt man teuer in 15 Jahren. Welche Einwände könnte man gegen das Konzept einbringen? Es gibt bereits viele gute Sachen. Die Verfasser des Berichtes haben die Situation genau unter die Lupe genommen. Es wurde festgestellt, ob die vielen Räder rund laufen und vor allem gut und exakt zusammenarbeiten. Es läuft vieles bereits rund, trotzdem gibt es Lücken und Verbesserungspotential ist vorhanden. Es wurde sorgfältig begründet. Die Begründungen sind einleuchtend. Wer nun der Meinung ist, dass man keine Neuerungen aufnehmen muss, müsste seine Meinung logisch und plausibel begründen. Das Konzept ist solide und ist Swiss-made. Die drei Säulen müssen gewürdigt werden. Bei den komplexen Arbeitsfeldern braucht es jemanden, der die Koordination leitet. Es braucht eine Vernetzung und Evaluation. Die Schnittstellen müssen funktionieren. Wie hoch die Stellenprozente sein müssen um den Ansprüchen zu genügen, kann abgewartet und zu gegebener Zeit beurteilt werden. Bei der Spielgruppe wird genau das gemacht, was von bürgerlicher Seite verlangt wird, der Staat soll gute Rahmenbedingungen setzen. In diesem Rahmen sollen sich private Initiativen möglichst gut entfalten können. Das Programm läuft bereits mit Erfolg und das Rad wird dabei nicht neu erfunden. Es steckt viel Ergeiz hinter diesem Programm um eine gute Lösung vorzuweisen, die auf die Bedürfnisse von Burgdorf zugeschnitten ist. Man richtet nicht mit der grossen Kelle an. Wir würden die moralische Pflicht versäumen, wenn wir nicht die Chancengleichheit ermöglichen. Reichtum und Armut ist vererbbar und Bildungsarmut ist es sowieso. Der SR soll mithelfen, dass Burgdorf in Zukunft über eine erweiterte und verbesserte Frühförderung verfügt.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man das Konzept intensiv diskutiert hat. Man nimmt nicht in Anspruch, dass man es besser weiss, man ist nur anderer Meinung. Man ist sich einig, dass eine frühe Förderung durchaus sinnvoll ist, wird es verpasst, verlagern sich die Probleme des einzelnen Kindes und seinem Umfeld auf einen späteren Zeitpunkt. Die SVP-Fraktion befürwortet grundsätzlich das Angebot in Burgdorf, von dem möglichst vielen Kinder profitieren können. Das Projekt, das zur Diskussion steht, entspricht absolut nicht dem Angebot. Es verschlingt zu viel von den zur Verfügung gestellten Mitteln am falschen Ort. Es ist fraglich, ob es zur Umsetzung tatsächlich eine neue Stelle braucht, die bereits im ersten Jahr die Hälfte der vorhandenen Mittel für das Startjahr verschlingt. Weiter ist es sehr in Frage zu stellen, ob es für Burgdorf das Richtige ist, ein aufsuchendes Angebot aufzubauen für zirka 10 bis 12 Familien pro Jahr. Pro Jahr werden in Burgdorf im Schnitt 150 Kinder eingeschult. Die Kinder sollten vorher ein Angebot in Anspruch nehmen können. Es stellt sich daher die Frage, ob es nicht eher zum Ziel führt, wenn jedem Kind der

Besuch der Spielgruppe finanziert würde und dieses Angebot dementsprechend auf- und auszubauen. Für die SVP-Fraktion ist in diesem Konzept vieles unbefriedigend, so dass man zum Schluss kommt, das Konzept abzulehnen. Die SVP-Fraktion ist nicht bereit, zu einem Konzept Ja zu sagen, bei dem der Hauptteil der Mittel für eine extrem kleine Gruppe ausgegeben wird oder in der Verwaltung versickert. Man hat deshalb lieber kein als ein unbefriedigendes Angebot.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass man das Konzept zur Frühförderung diskutiert hat. Es ist ein schwieriges und heikles Thema, dementsprechend ist es auch schwierig zu beurteilen. Auf der einen Seite wäre es natürlich super, wenn man Kindern aus sozial schwierigerem Verhältnis helfen kann, schliesslich können sich die Kinder ihre Eltern und Familien nicht aussuchen. Zudem verdient jedes Kind die gleiche Chance. Auf der anderen Seite gibt es bereits verschiedene Angebote, die diesen Kindern helfen und besser integrieren. Die Massnahmen sind sehr lobenswert und verdienen grossen Respekt. Es stellt sich die Frage, ob die bestehenden Angebote nicht ausreichen und ist es überhaupt möglich mit diesem Konzept die betroffenen Kinder zu erreichen. Mit Blick auf die momentane finanzielle Situation der Stadt Burgdorf ist man aufgrund des bestehenden Angebotes in diesem Bereich gegen das Projekt der Frühförderung. Die FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich dem Abänderungsantrag der BDP zustimmen. Falls das Projekt jedoch weiterverfolgt würde, wird der GR gebeten, die Stellenprozentenerhöhung von 30% zu überdenken. Vielleicht gibt es interne Lösungen, dass das Projekt mit den bestehenden Stellenprozenten durchgeführt werden könnte.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, informiert, dass man, nachdem die Unterlagen studiert wurden, einen Abänderungsantrag eingereicht hat. In Burgdorf gibt es bereits viele entsprechende Angebote. Es ist nicht klar, wo die Lücken entstehen. Es gibt keine Einwendungen zum Votum von Gemeinderat Probst Andrea. Es ist klar, dass die Kinder zwischen 0 und 4 Jahren gefördert werden sollen. Die BDP-Fraktion hat lange über das Standbein 2 mit den Spielgruppen diskutiert. Dies kann und soll ausgebaut werden. Es liegt aber in einem anderen Rahmen als das vorliegende Konzept. Die BDP-Fraktion kann sich den Voten der Stadträtinnen Lüthi Barbara und Fankhauser Karin anschliessen.

Abänderungsantrag BDP

1. Der Stadtrat nimmt das Konzept zur frühen Förderung mit seinen Kostenfolgen zur Kenntnis.
2. **Der Gemeinderat wird beauftragt, das Konzept zur frühen Förderung in der Stadt Burgdorf nicht mehr weiter zu verfolgen.**
3. Der Auftrag wird als erfüllt abgeschrieben.

Stadtrat Kälin Tobias, namens der GLP, teilt mit, dass man den GR unterstützt und den Abänderungsantrag der BDP ablehnt. Der GLP ist es wichtig, dass alle Kleinkinder die gleichen Möglichkeit besitzen. Es können nicht alle im gleichen sozialen Umfeld starten. Es ist zudem wichtig, dass alle die Sprache früh lernen können. Es gibt bereits gute Angebote. Es ist wichtig, dass die Stadt Burgdorf weitere Möglichkeiten ergänzt. Die Frühförderung ist besser, als später höhere Sozialkosten zu generieren. Zudem überzeugt die Zusammenarbeit mit der Jacobs Foundation. Dies ist auch ein Qualitätsmerkmal. Aus diesen Gründen unterstützt die GLP die Anträge des GR.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass der GR mit diesem Konzept eine gute Grundlage für die Frühförderung vorlegt. Dass es grosse Unterschiede gibt im Sozial- und Bildungsbereich ist bekannt. Die Unterschiede wurden in der Vergangenheit nicht kleiner, sondern grösser. Man muss genau hinschauen und sich fragen, ob die vorhandenen Angebote ausreichen. Man muss sich zudem fragen, ob wir auch für die zukünftigen Herausforderungen richtig vorbereitet sind. Im Konzept ist aufgelistet, warum wir die Frühförderung brauchen. Zunehmend gibt es Schwierigkeiten im Schulbereich. Die Chancengleichheit besteht nicht wirklich oder je länger desto weniger. Die Belastung der Schulen ist enorm. Die aufgeführten Punkte sind Tatsachen. Die Integration wird schwieriger, ist aber immer wichtiger. Die Zuwanderung ist eine Tatsache und braucht weitere Anstrengungen. Die sozialen Folgekosten steigen. Es sind mehr Leute an der Armutsgrenze oder drunter. Die Armutsquote steigt und gibt mehr Sozialhilfeempfänger. Bei der Stiftung Intact erlebt man dies hautnah. Es gibt viele junge Erwachsene ohne Ausbildung. Es gibt unzählige Angebote und es wird bereits viel gemacht, aber es braucht mehr Massnahmen, wie diese im Konzept beschrieben sind. Das Konzept setzt an der richtigen Stelle an für Lernschwache, für auslandstämmige Personen und auch für sozial ausgeschlossene Personen. Es wird heute noch kein Ausgabenbeschluss verlangt, sondern nur eine Vorbereitung eines solchen. Die Grünen-Fraktion unterstützt einstimmig das Konzept zur Frühförderung und bittet den SR, den Anträgen des GR zuzustimmen und den Abänderungsantrag der BDP abzulehnen.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP, teilt mit, dass man den Antrag des GR unterstützt. Die vorgängig positiven gemachten Voten müssen nicht wiederholt werden. Aus eigener Erfahrung kennt Stadträtin Kuster Müller Beatrice die Bedeutung, wenn man sich als gut situierte Schweizerin im Ausland integrieren will. Man kann jetzt denken, dass es wohl nicht gelungen ist und sie deshalb wieder in der Schweiz lebt. Kinder wären bei der Integration hilfreich gewesen. Sprachlich ist es eine Herausforderung. Burgdorf nennt sich Kulturstadt, Velostadt, Bildungsstadt und plötzlich wird bei der Bildung gespart. Die EVP sagt klar, dass man sich die Frühförderung leisten will. So wie wir uns Schulsozialarbeit leisten, möchten wir uns auch Frühförderung leisten für eine Gleichberechtigung und für eine Bildungschance für alle. Es ist schwierig, wenn man die Sprache nicht versteht, die Kinder zu unterstützen. Das Handicap bleibt bis zum Schluss, auch wenn man ein bisschen Deutsch kann. Im Gesundheitswesen kommt es bei der Sprache zum Beispiel auf die Nuancen an, die den Unterschied ausmachen und über Leben und Tod entscheiden. Wer pflegt uns im Alter, wenn wir Schweizer weniger Kinder haben? Wir müssen deshalb die fördern, die da sind und willig sind. Der SR wird gebeten, dem Konzept zuzustimmen.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, informiert, dass in der letzten Woche der neue Armutsbericht des Kantons Bern erschienen ist. Dieser ist alarmierend. Die Armut im Kanton Bern hat zugenommen und sich intensiviert. Die soziale Ungleichheit ist von den Menschen gemacht und auch eine von den Menschen veränderbare Tatsache. Der SR kann einen kleinen Beitrag leisten wie unsere Gesellschaft aussieht. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Gesellschaften mit einer kleineren sozialen Ungleichheit weniger soziale Probleme haben. Wenn es weniger soziale Probleme gibt, profitieren wir alle davon. Nicht zuletzt, weil ihre Bekämpfung weniger nötig ist und auch keine Folgekosten entstehen. Die soziale Ungleichheit müssen wir bekämpfen und die Auswirkungen begrenzen, in dem man unter anderem die Kinder mit Lern- und Sprachschwierigkeiten genug früh fördert. Die SP-Fraktion bittet deshalb alle Parteien inbrünstig, den Abänderungsantrag der BDP abzulehnen und den Antrag des GR anzunehmen. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, macht die Stadt Burgdorf bereits viel Gutes, aber es ist noch nicht genug. Es gibt ausser dem Kanton sicher noch andere finanzielle Quellen, die angefragt werden können damit die Stadt Burgdorf nicht alle Kosten alleine tragen muss. Die SP-Fraktion beantragt dem SR eine Pause von 5 Minuten damit wir überlegen können, wie wir damit umgehen wollen. Man sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die SP-Fraktion ist allenfalls bereit, mit einem Gegenantrag eine Kompromisslösung, die mehrheitsfähig ist, zu finden.

PAUSE

Stadtrat Dür Hermann teilt mit, dass bereits viel gesagt wurde. Zudem steht Weihnachten vor der Türe. 99.9% des Gesagten kann wohl jedermann zustimmen. Wir wollen alle Gerechtigkeit, Frieden, lieb sein, Chancengleichheit und noch vieles mehr. Es stellt sich aber die Frage, wo das Defizit der jetzigen zur neuen Situation liegt. Wo liegen die Defizite genau und was fehlt konkret?

Gemeinderat Probst Andrea teilt mit, dass nicht alle das Angebot erreichen. Einerseits kostet es etwas, denn Spielgruppen sind nicht gratis, und andererseits fehlt eine Koordination zwischen allen Organisationen. Zudem können die Plätze verbilligt und die Aus- und Weiterbildung der Betreuenden gefördert werden. Es ist Bedingung des Kantons, dass aus- und weitergebildete Personen solche Angebote anbieten dürfen. Es gibt immer noch Leute, die 40 Jahre in der Schweiz sind, aber kein Deutsch sprechen. Das will man in Zukunft vermeiden. Man muss deshalb versuchen, diese Personen via Kinderärzte und Elternberatungen zu erreichen. Es ist aber schwierig zu beurteilen, was am Schluss passiert. Deshalb wurde ein Entwurf erarbeitet, den man nun weiterverarbeiten kann. Es wird eine entsprechende Stadtratsvorlage erarbeitet, die bei gewissen Details Differenzen aufweist. Die Detailfragen wurden noch nicht bearbeitet, sondern erst das verlangte Konzept erarbeitet. Das Konzept enthält die maximalen Kosten. Der GR würde gerne das Konzept weiterführen.

Stadratspräsident Rosser Bruno teilt mit, dass der Abänderungsantrag dem Antrag des GR gegenübergestellt werden muss.

A b s t i m m u n g

Antrag GR

1. Der Stadtrat nimmt das Konzept zur frühen Förderung mit seinen Kostenfolgen zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat zu gegebener Zeit einen Ausgabenbeschluss vorzulegen.
3. Der Auftrag wird als erfüllt abgeschrieben.

Abänderungsantrag BDP

1. Der Stadtrat nimmt das Konzept zur frühen Förderung mit seinen Kostenfolgen zur Kenntnis.
2. **Der Gemeinderat wird beauftragt, das Konzept zur frühen Förderung in der Stadt Burgdorf nicht mehr weiter zu verfolgen.**
3. Der Auftrag wird als erfüllt abgeschrieben.

Der Stadtrat stimmt mit 20 gegen 15 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag des Gemeinderates zu.

7. Orientierungen GPK

a) Verwaltungskontrolle

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK aufgrund verschiedener Reglemente im Auftrag des SR diverse Aufgaben wahrnimmt. Eine dieser Aufgaben ist die Oberaufsicht über die Verwaltung gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, führt die GPK unter anderem eine jährliche Kontrolle in der Verwaltung durch. Die GPK soll dabei nicht als Polizei wahrgenommen werden, sondern will der Verwaltung und dem GR helfen, sich laufend zu verbessern. Die Verwaltungskontrolle kann als Audit verstanden werden und ist eine kleine Momentaufnahme basierend auf Aussagen des befragten Direktionsleiters sowie den befragten Mitarbeitenden aus der Direktion. Die GPK nimmt diese Aussagen ernst, behandelt diese vorurteilslos und unpolitisch. Die GPK leitet aus den Aussagen und den Beobachtungen Erkenntnisse ab und formuliert zu Händen des GR möglichen Handlungsbedarf für die geprüfte Direktion. Die GPK erteilt dabei keine Aufträge, sondern versteht sich als Hinweisgeber für Korrekturen. Deshalb ist es wichtig, dass der GR auf kritische Äusserungen im Nachgang einer durchgeführten Verwaltungskontrolle reagiert und sich bei den gemeinsamen Sitzungen mit der GPK dazu äussert. Damit kann der GR mögliche Fehlinterpretationen seitens der GPK relativieren. Für eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, dem GR sowie der GPK, als Auftragnehmerin des SR, ist deshalb eine offene Kommunikation entscheidend. In diesem Zusammenhang ist es nach Meinung der GPK wichtig darauf hinzuweisen, dass der Verwaltungskontrollbericht vertraulich ist. Die Einsichtnahme des Berichtes wird nur den Mitgliedern der GPK, dem Leiter der befragten Direktion sowie dem GR gewährt. Der GR entscheidet selber, wie er mit dem Inhalt respektive dem darin formulierten Handlungsbedarf umgehen will. Der GR entscheidet weiter über die stufengerechte Informationspolitik, das heisst der GR verfügt, wer unter welchen Auflagen Einsicht in diesen Bericht erhält. Die Modalitäten und der Ablauf der Verwaltungskontrolle sind im GPK-Handbuch festgehalten. Entsprechend dieser Vorgaben wurde die diesjährige Verwaltungskontrolle am 20. August 2015 in der Sozialdirektion durchgeführt. Kern der Erhebungen bildeten Interviews mit sechs Mitarbeitenden, welche von Zweier- oder Dreierteams der GPK durchgeführt wurden. Die GPK dankt der Direktionsleitung sowie den befragten Mitarbeitenden für die konstruktive Zusammenarbeit und die offene Information. Die Resultate der Erhebung wurden am gleichen Tag im Plenum der GPK zusammengetragen, im Verwaltungskontrollbericht zusammengeführt und mit Handlungsempfehlungen ergänzt. Am 15. Oktober 2015 wurde der Verwaltungskontrollbericht von der GPK verabschiedet und dem Leiter sowie der Stadtpräsidentin zugestellt. Am 4. November 2015 fand eine Vorbesprechung des Berichtes zwischen dem Leiter der Sozialdirektion, Diggelmann Andreas, und der zuständigen Gemeinderätin Gübeli Charlotte sowie seitens der GPK Beck Daniel, der Sekretärin Gerber Claudia und dem Präsidenten statt. Bei dieser Besprechung wurden Fragen beantwortet und allfällige Missverständnisse geklärt. Die Vorbesprechung wurde protokolliert und bildete gemeinsam mit dem Verwaltungskontrollbericht die Grundlage für die gemeinsame Sitzung der GPK mit dem GR vom 23. November 2015. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Sozialdirektion einen sehr guten Eindruck hinterlässt. Sie ist eine gut strukturierte und organisierte Einheit mit sachgerechter Führungsstruktur. Die neue KESB Struktur ist gut eingeführt und bei den Mitarbeitenden herrscht nach Auffassung der GPK eine gute Stimmung. Seitens der GPK wurde in

einzelnen Bereichen ein kleiner Handlungsbedarf wie zum Beispiel bei einzelnen Stellvertreter-Regelungen oder der Archivsituation festgestellt.

b) Datenschutz

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, informiert, dass gemäss Artikel 33 Absatz 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDGS) jede Gemeinde im Kanton Bern eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz bezeichnet. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch Artikel 18 Absatz 2 des Kommissionsreglements und Artikel 10 des Datenschutzreglements die GPK mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt. Die GPK informiert dabei den SR jährlich über ihre Tätigkeit als Aufsichtsstelle für den Datenschutz. Dazu dient ein Bericht, welcher im Internet veröffentlicht wird. Für das Jahr 2015 wurde der Bericht anlässlich der GPK-Sitzung vom 26. November 2015 verabschiedet und liegt dem SR zur Kenntnis vor. Der Bericht wird auf der Homepage der Stadt Burgdorf aufgeschaltet. Auf eine Erläuterung des Berichts im Detail wird verzichtet, da keine bemerkenswerten Anfragen oder Vorgaben in die Berichtsperiode gefallen sind.

8. Interpellation EVP Burgdorf, Beatrice Kuster Müller, betreffend den Konkurs und ausstehende Lohnzahlungen einer Firma bei den Sanierungsarbeiten der Markthalle

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP, dankt dem GR für den ausführlichen Bericht. Der Bericht ist positiv ausgefallen. Die EVP ist von der Stellungnahme befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

9. Interpellation Thomas Grimm, FDP, betreffend "175 Wochen à 42 Stunden" Mehrzeit in der Stadtverwaltung Burgdorf im Jahr 2014. Kann das sein?

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Grimm Thomas dankt dem GR für die ausführliche Stellungnahme und erklärt sich befriedigt in allen Punkten.

Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

10. Dringliche Interpellation Tabea Bossard-Jenni und Beatrice Kuster Müller (EVP) betreffend finanzielle Mittel der Stadt Burgdorf für die Kampagne der Umfahrung Burgdorf-Oberburg-Hasle

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea teilt mit, dass in der Kürze die Würze liegt und dankt dem GR für die Stellungnahme. Man erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

11. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2016

der Präsidentin / des Präsidenten

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, schlägt Aeschbacher Yves als Stadtratspräsident vor. Stadtrat von Arb Peter stellt kurz Aeschbacher Yves vor.

Der Stadtrat wählt einstimmig bei 1 Enthaltung Aeschbacher Yves als Stadtratspräsident.

der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten

Stadtrat Weber Werner, namens der BDP-Fraktion, schlägt Wyss Christoph als 1. Vizepräsident vor. Stadtrat Weber Werner stellt kurz Wyss Christoph vor.

Der Stadtrat wählt einstimmig bei 1 Enthaltung Wyss Christoph als 1. Vizepräsident.

der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten

Stadtratspräsident Rosser Bruno teilt mit, dass zwei Personen für das Amt als 2. Vizepräsidenten vorgeschlagen werden. Es sind dies die Stadträte Ritter Michael und Pfister Urs. Bei der Wahl werden die beiden einander gegenübergestellt.

Stadtrat Kälin Tobias, namens der GLP, schlägt Ritter Michael als 2. Vizepräsident vor. Stadtrat Kälin Tobias stellt kurz Ritter Michael vor.

Stadtratspräsident Rosser Bruno informiert über das Vorgehen bei der Wahl. Wenn eine vorgeschlagene Person das absolute Mehr erreicht, ist diese gewählt. Ansonsten findet ein zweiter Wahlgang statt.

Der Stadtrat wählt mit 34 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen Ritter Michael als 2. Vizepräsident.

von 2 Stimmzähler

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP/JF-Fraktion, schlägt Fankhauser Larissa als Stimmzählerin vor.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, schlägt de Quervain Anna als Stimmzählerin vor.

Der Stadtrat wählt einstimmig bei 2 Enthaltungen Fankhauser Larissa und de Quervain Anna als Stimmzählerinnen.

12. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden keine parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht.

Schlussworte Stadtratspräsident Rosser Bruno

Ihr fragt euch sicher, was die Lebkuchenschlüssel auf den Tischen zu bedeuten haben. Eine Episode aus meinem Arbeitsalltag hat wieder einmal gezeigt, wie wichtig Schlüssel sind. Ein Mitarbeiter und ich sind mit dem Verrichten unserer Arbeiten beschäftigt, als auf einmal der dazu notwendige Schlüssel fehlt. Auch nach dem Durchsuchen unserer Jacken, des Autos und der Umgebung bleibt der Schlüssel unauffindbar. Grosse Unsicherheit und Besorgnis bis zum Telefonanruf "Der Schlüssel wurde gefunden und abgegeben, ihr könnt ihn abholen." Welche Erleichterung und wahrlich ein Schlüsselmoment zu diesem Zeitpunkt. Schlüssel öffnen ja bekanntlich Türen und manchmal weiss man nicht, was sich dahinter verbirgt, wo man hinkommt, wen oder was man antrifft. In meinem ablaufenden Präsidentschaftsjahr durfte ich mehrere Schlüsselmomente erleben. Das Glockenzeichen zu Beginn meiner ersten Sitzung auf diesem Stuhl hier, angespannt und gespannt, was alles auf mich zukommt. Dann etliche Veranstaltungen, an denen ich die Stadt Burgdorf vertreten durfte. Diese vielen, interessanten Begegnungen an verschiedenen Orten und mit den unterschiedlichsten Menschen waren sehr bereichernd und ich möchte diese nicht missen. Ein weiterer Meilenstein war sicher an der Septembersitzung die Zustimmung des Stadtrates zum Projekt "Unser Schloss - jetzt für alle offen". Nachdem auch der Grosse Rat des Kantons Bern die kantonalen Beiträge zugesichert hat, steht der geplanten Umsetzung unseres Wahrzeichens nichts mehr im Weg. Ein wichtiger Moment war anfangs November die Einweihung der Markthalle. Nach der intensiven Bauphase kann Burgdorf sicher stolz sein auf die erneuerten Räumlichkeiten. Es ist zu hoffen, dass die Halle nun auch rege genutzt wird durch viel Publikum aus nah und fern. Zweifellos am Eindrücklichsten waren für mich die Anlässe im Zusam-

menhang mit der Wahl von Christa Markwalder zur Nationalratspräsidentin. Sowohl die Wahl im Bundeshaus als auch die Feier hier in unserer Stadt waren einmalig für mich und hinterlassen bleibende Eindrücke. Ich schliesse aus den Reaktionen, die ich erhalten habe, dass es die meisten Beteiligten auch so empfunden haben. Doch leider prägten auch negative Schlagzeilen das vergangene Jahr. Die wachsende Gewalt und vor allem die Terroranschläge rütteln auf, machen uns ohnmächtig. Die wachsenden Flüchtlingsströme, als Folge davon, lösen Mitleid und gleichzeitig Angst aus. Was sollen wir tun? Haben wir noch die nötige Sicherheit? Die Probleme müssen angegangen werden und es wäre wohl zu einfach zu sagen: "Türe zu und Schlüssel drehen." Durch meine berufliche Präsenz in der Stadt wurde ich während des ganzen Jahres auch öfters von Einwohnern angesprochen, um Rat gefragt oder in Diskussionen verwickelt. Dies geschah stets mit Respekt mir gegenüber, was mich positiv überrascht und gefreut hat. Mit der heutigen Sitzung, respektive ende Dezember, geht mein Jahr als Stadtratspräsident zu Ende. Obwohl ich seit mehr als 30 Jahren in Burgdorf wohne und arbeite, habe ich viel gelernt, Neues gesehen, Erfahrungen gesammelt. Es war spannend und ich schaue positiv auf das Erlebte zurück. Zum Schluss möchte ich danken: Dir, Elisabeth, für dein grosses Engagement zu Gunsten der Stadt. Dem Gemeinderat, allen Leitenden und Mitarbeitenden in der Verwaltung für ihre Arbeit. Dem Stadtschreiber Schenk Roman für die Unterstützung in juristischen Belangen und dem Ratsbüro für die Mithilfe vor und während den Sitzungen. Henzi Brigitte, Dreh- und Angelpunkt in der Stadtratsorganisation, für die stets zuverlässigen Vorbereitungen. Euch, liebe Ratskolleginnen und -kollegen für die Disziplin, den korrekten Umgang, den Aufwand für die Ratsgeschäfte und nicht zuletzt für das Vertrauen in meine Person. Um niemanden zu übergehen, möchte ich auch allen Anderen danken, die in irgendeiner Weise dazu beigetragen haben, dass die Stadtratssitzungen problemlos durchgeführt werden konnten. Mit vielen bereichernden Erfahrungen und einem positiven Gefühl verlasse ich den Präsidentensessel und werde wieder auf der gegenüberliegenden Seite Platz nehmen. Ich wünsche allen noch einen besinnlichen Advent, frohe Weihnachten und dann alles Gute im neuen Jahr mit vielen, hoffentlich positiven Schlüsselmomenten.

Stadtrat Aeschbacher Yves dankt an dieser Stelle dem SR für das Vertrauen und die einstimmige Wahl und teilt mit, dass er die Wahl annimmt. Stadtrat Aeschbacher Yves dankt Stadtratspräsident Rosser Bruno recht herzlich für seine geleistete und engagierte Arbeit. Als Dankeschön überreicht er ihm ein Geschenk.

Stadtrat Wyss Christoph dankt dem SR für das Vertrauen und zur Wahl als 1. Vizepräsident. Stadtrat Wyss Christoph ärgert sich über die Standorte der mobilen Radargeräte "Blitzli" und "Blickli" in Burgdorf. Im speziellen über den Standort an der Bernstrasse beim Altersheim. Bei dieser Strasse handelt es sich um eine ausgebaute 50er-Zone. An verschiedenen Orten ist das Trottoir breiter als die Strasse selber. Es befindet sich kein Kindergarten oder Schule an dieser Strasse. Es besteht absolut keine Gefährdung an dieser Strasse. Trotzdem wurde die Strasse zu einer 30er-Zone erklärt. Dies aufgrund der Lärmschutzverordnung, weil man ansonsten die Fenster ersetzen und sanieren müsste. Aus Kostengründen hat man sich deshalb für die 30er-Zone entschieden. Die mobilen Radargeräte stehen nun regelmässig in dieser 30er-Zone. Diese Standorte sind reine Schikane gegenüber allen Autofahrern und der Bevölkerung von Burgdorf. Die Exekutive wird gebeten, die Burgdorfer Bevölkerung nicht mehr weiterhin zu schikanieren. Ein weiteres Gerücht ist, dass das mobile Radargerät an der Bernstrasse den verschiedenen Gemeinden gehört. Den Gemeinden wurde wohl versprochen, wie viel Geld das Radargerät in die Kasse spült. Vielleicht haben die Gemeinden das Radargerät an sinnvolle Orte hingestellt und dieses nur alle zwei Tage aktiviert. Jetzt merkt man, dass man nicht auf die versprochenen Zahlen kommt und deshalb muss Burgdorf das Radargerät bis Ende Jahr an der Bernstrasse aufstellen, damit dieses pro Tag noch 100 bis 200 mal blitzt. Bitte denkt an diese Worte, bevor die Burgdorfer Bevölkerung einmal das Gefühl hat, man könnte in Burgdorf wieder generell 50 einführen und dann sprechen wir von 20er, 30er und 40er Zonen.

Stadtrat Bucher Theophil informiert über sein schönes Erlebnis am gestrigen Abend. Um 23.00 Uhr konnte er am Oberburgbach im Schlossmattquartier einen Biber beobachten. Im Nachbarsgarten hatte der Biber bereits letzte Woche einen Baum angenagt. Stadtrat Bucher Theophil hat sich über den Biber gefreut, hat jedoch seine Bäume entsprechend schützen müssen.

Stadtratspräsident Rosser Bruno freut sich auf das nun stattfindende gemeinsame Jahresschlussesessen im Landgasthof Sommerhaus.

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll



Bruno Rosser

Brigitte Henzi

Burgdorf, 15. Januar 2015 / hbr